

Die Nachwirkung des Rücktrittes des Grafen Czernin

Erregte Stimmung der Deutschen.

Die Begleitumstände, unter denen Graf Czernin aus dem Amte schied, haben nicht nur auf weite Kreise der Bevölkerung tiefen Eindruck hervorgerufen; auch die deutschen Parlamentarier stehen noch immer unter der Nachwirkung dieses Ereignisses. Die deutschen Herrenhausmitglieder und Abgeordneten zweifeln nicht daran, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reich nach wie vor fest und unerschütterlich bestehe, daß die Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches beide Mächte für alle Zukunft auf einander verweisen. Daß diese Anschauung auch die maßgebenden Kreise im Staate durchdringe, wird als selbstverständlich angenommen. Dennoch hält man es namentlich unter den deutschen Herrenhausmitgliedern für nötig, die Vorkommnisse, die zum Scheiden des Grafen Czernin aus dem Amte führten, zu erörtern, in feierlicher Kundgebung die Bündnistreue zum Deutschen Reich zu betonen und vor allem dafür einzutreten, daß die durch die Verfassung gebotene Verantwortlichkeit von Ministern für Staatsakte unter allen Umständen gewahrt bleibe.

Diesem Zwecke waren wiederholte Beratungen der Vollzugsausschüsse der Verfassungs- und der Mittelpartei des Herrenhauses gewidmet. Gestern fanden Vollsitzungen dieser beiden Gruppen des Herrenhauses statt, um über weitere Schritte schlüssig zu werden. Was an Glanz und Namen unter den deutschen Mitgliedern des Herrenhauses zu finden ist, war in diesen Sitzungen anwesend. In der Verfassungskartei waren neben dem Obmann Freiherrn v. Plener Dr. Sieghart und Dr. Exner, die Professoren Freiherr v. Eißelsberg, beide Hocheneggs, Grünhut, der gewesene Botschafter Doktor Dumba und der ehemalige Statthalter Graf Kielmansegg anwesend. In der Mittelpartei fanden sich unter anderen ein: der gewesene Ministerpräsident Freiherr v. Bed, Dr. Klein, der Kabinettsdirektor des Kaisers Franz Josef Freiherr v. Schießl, Generaloberst v. Dankl, Landmarschall Prinz Liechtenstein und Bürgermeister Doktor Weiskirchner.

Die Verfassungskartei beschloß einstimmig, die Mittelpartei mit allen gegen zwei Stimmen, an den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Graetz mit dem Ersuchen heranzutreten, am Freitag und Samstag Sitzungen des Herrenhauses abzuhalten. Sollte der Präsident diesem Wunsche nicht willfahren, so würden beide Gruppen der Öffentlichkeit Resolutionen übergeben, die zu der durch den Rücktritt des Grafen Czernin geschaffenen Lage Stellung nehmen sollen.

Die Resolutionen gehen auf einen ähnlichen Vorfall zurück, der sich seinerzeit im Deutschen Reich abspielte. Anlässlich eines Briefes, den der deutsche Kaiser an den englischen Lord Tweedmouth richtete, wurde vom deutschen Reichstage der Beschluß gefaßt, daß alle Staatsakte, von wem immer sie ausgehen mögen, künftighin unter der vollen Verantwortlichkeit des Ministers sich vollziehen sollen und das Bismarcksche Prinzip wieder zur vollen Geltung erhoben werden möge, wonach das Staatsoberhaupt stets für alle seine Handlungen durch die Verantwortlichkeit eines Ministers gedeckt sein soll. Diese konstitutionelle Verantwortlichkeit der Minister für alle Staatsakte soll nun in den Resolutionen bei den Parteien des Herrenhauses zum Ausdruck gebracht werden.

Gleichzeitig wird auch von den deutsch-böhmischen Abgeordneten verlangt, daß die Früchte der deutschen Politik durch eine Tat sichtbar werden mögen. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten stellen insbesondere die Forderung auf, daß die Regierung der Schaffung einer

Provinz Deutschböhmen näbertreten möge und wollen in der heutigen Sitzung des Leitungsausschusses der deutschnationalen Parteien den Antrag stellen, die Deutschen mögen ihr weiteres Verhalten zum Ministerium Seidler von der Erfüllung dieses Wunsches abhängig machen.

Daneben fehlt es unter den deutschen Abgeordneten auch nicht an gewichtigen Stimmen, die verlangen, daß die Regierung vor allem in der Ernährungsfrage, die für die Bevölkerung von Tag zu Tag an Wichtigkeit zunehme, sofort entsprechende Maßnahmen ergreifen müsse. Die städtischen deutschen Abgeordneten verlangen, daß gerade in den jetzigen Wochen vor der neuen Ernte, da die Nationen besonders knapp geworden sind, von der Regierung in jeder Weise Vorsorgen für das zum Leben unumgängliche Maß von Nahrungsmitteln getroffen werden. Die deutschen Agrarier weisen wieder auf die aus ihren Bezirken eintreffenden Telegramme über die vorgekommenen Requisitionen hin; sie wünschen, daß die Beschlagnahme von Lebensmitteln vor allem in jenen Gegenden vor sich gehe, wo solche noch vorhanden seien, wie in den fruchtbaren tschechischen Gebieten Böhmens und Mährens; weiter, daß die Regierung mit Ungarn neuerlich in Verhandlungen trete. Von den deutschen Abgeordneten sprachen deswegen gestern die Abgeordneten Dr. Waldner und Teufel, von den Christlichsozialen Abgeordneter Fink beim Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler vor.

Im Parlament herrscht krisenhafte Stimmung, und da auch das Präsidium des Polenklubs erst darüber schlüssig werden will, ob es mit der gegenwärtigen Regierung überhaupt in Unterhandlungen eintreten soll, wird die Mehrheitsbildung für die kommende Tagung des Abgeordnetenhauses für die Regierung keineswegs leicht vonstatten gehen. Gestern wurde sogar davon gesprochen, daß angesichts der ungeklärten Situation eine Verschiebung des Termins für den Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses nicht ausgeschlossen sei.